

Märkischer Sprecher

Wegnahme: Im Sommer 1936 wurde monatlich 300 - 400 kg durch die SA besorgt, nicht über 500 kg. - monatlich 300 - 400 kg. reist ein. Erhöht auf allen Festtagen morgens. Für unangelegene Einlieferungen hat die Gefängnisverwaltung nicht. Nachforschungen ist belanglos. Im Falle v. höherer Gewalt, Streit, Auslieferung, Vertriebsänderungen, ist der Besitzer seinen Anspruch auf Lieferung ab. Nachlieferung der Gefängnisverwaltung. Nachlieferung der Gefängnisverwaltung. goldenes Kissen, Material aus 2000 Mark gemäß unfreier Verfügung.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Ämtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilsb. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Bubenbergr. 11, Fernsprecher 123. — Postfachkonto Dortmund Nr. 3693.
Schreibstube: Bubenbergr. 4, Fernsprecher 3875.

Inselnest: Im Verdecktungsbehr 7.00 m. Familienangehörige 0.00 m. Elterngelänge 5.00 m. an der Höhe 9.9 m. für im 1. und 3. m. und 33 m. Spaltenbreite. Im Hefenmetre 77 m. m. Breite. 1 m Höhe 32. — Mr. für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird keine Gewürd übernommen. Bei Anzeigengebühren nach Liebererelink. — Bei Anzeigenweller Belästigung der Einkindungsgebühren nach Anzeigen oder in Rom. — Auf den Wägen wird der Belästigung Gebahrt. Anzeigenweller. — Auf den Wägen abends 1 Mr. für andere nachmittags 1 Mr.

Eine neue Note an die Reparations-Kommission.

Der „Vorwirth“ und „Der Zeitliche“ melden die Reichsregierung soll beabsichtigen, eine Note an die Reparationskommission zu senden mit schärfer formulierten Vorschlägen, als sie während der Berliner Verhandlungen zustande gekommen sind.

England und Frankreich.

London, 13. Nov. Schatzkammer's Wahltritt in eine derartige Rede in New-Hampshire man könne nicht auf eine Verbesserung der Verhältnisse in Europa hoffen, bevor eine Regelung der Reparationsfrage erzielt sei. Das sei unmöglich ohne ein weitgehendes Einverständnis mit Frankreich, als es in letzter Zeit bestanden habe. Frankreich sei nicht immer so nachbar gewesen, mit dem leicht zu arbeiten ist, aber die Lage Frankreichs sei von der Engländer vertrieben. Wenn die Engländer das offen erkennen, würden sie besser in der Lage sein. Frankreich steht unter dem Eindruck, daß England bereit, seine alten Deutschland gegenüber alle Ansprüche aufzugeben unter der Begründung, daß der Handel Englands mit Deutschland für die Engländer von überlegender Bedeutung sei. Engländer irren sich jedoch, der Handel Frankreichs mit England mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger, für die Engländer als der Handel mit Deutschland. England würde Deutschland nicht im Sitze lassen; nicht jedoch durch eine unvortheilhafte Behandlung Deutschlands in den Pariser-Verträgen; möglichsten, so die Revolution getrieben würde, so würde Frankreich die Wundwunde Europas an seinen eigenen Seiten sehen.

Beginn der Reichstags- verhandlungen.

[illegible]

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der U
Puchta (Sog.), Wittkopf (Sog.), Dr. He
Bayer, Wolffs, Dronski (Sog.) und des
Mannheim (Sog.) wegen Beleidigung wird n
erteilt. Die Genehmigung zur Strafverfolgung
Wg. Dr. Bazille (Dnt.) wird jedoch erteilt.

Die sozialdemokratische Intervention betr
send die Rechtsprechung des hiesigen
Vollstgerichtes in München im Handels
rathesg. Rechenbach wird, wie Rechtsjustizmini
Dr. Rabdruch erklärt, in der üblichen Art
antworzt werden.

Das deutsch-polnische Oberschlesien
vergegenwärtigt man sich einem Ausdehnung
von 14 Mitgliedern überweisen.
Das Reichstagengesetz geht an
Rechtsausführung.
Das Haus verlagert sich darauf auf Dienstag
über: Anfragen, Veränderung der Geschäftsordnung
Interpellation Marx (Str.) über die Not
wendigkeit, die Wissenschaft, ein Antrag Schulz (D)
auf die Tagesordnung die Entgegennahme einer
Erklärung der Reichsregierung zu setzen, werden
gen die beiden Reichsparteien abgelehnt. Wie
Präsident mitteilt, wird diese Erklärung erst
den nächsten Tagen erfolgen.

Eine Rede Stresemanns in Elberfeld.

Auf dem Parteitage Düsseldorf-Dt. Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Düsseldorf stattfand, sprach Reichstagsabgeordneter Stresemann über unsere innere und äußere Politik.

Er führte in seiner umfassenden Rede u. a. an, daß der Verfall: Betrug habe katastrophale wirtschaftliche Erscheinungen in allen Ländern hervorgerufen, und hierin liege der tiefste Grund und gegenwärtige Sinn der dieⁿ Konferenzen zu suchen. Aus dem verheerend traurigen Zustand könne nur ein internationaler Weg zu einer glücklicheren Zukunft führen, da unser heutiges Schicksal ein Schicksal der Weltgemeinschaft sei. Aber weder die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, noch eine Entscheidung dieses Bundes über Oberklesien zu dem Weg sein, noch sei etwas von internationaler

Die Deutsche Volkspartei und die Regierungsumbildung.

TU. Berlin, 18. Nov. Die Delegationen und parlamentarischen Kreise erhebt, hat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei in seiner Sitzung heute vormittag beschloffen, der Faktion der Deutschen Volkspartei die Vorschläge des Ratsf. über die Ernennungen zur Radikalisierung gegebener Persönlichkeiten abzuschneiden.

Er empfiehlt der Fraktion, sich auch bezüglich vom Kanzler selbständig erinnerter, in ihrer Politik und Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei nahstehender Persönlichkeiten gegenüber volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Zurzeit wird dieser Beschuß im Vorstand der Deutschen Volkspartei zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden nochmals beraten. Es ist anzunehmen, daß die Fraktion in ihrer heute abend stattfindenden Fraktionsitzung einen entsprechenden Beschuß fassen und diesem dem Kanzler schriftlich übermitteln wird.

70. Berlin 13. Nov. Aus parlamentarischen Kreisen erforschen wir: Fraktion und Parteistand der Deutschen Volkspartei sind heute zusammengetreten. Sie waren beide der gleichen Ansicht, daß man dem Vorschlag des Reichstanzlers bezüglich der Heranziehung von Wirtschaftlern, deren Parteigehrigkeit zur Deutschen Volkspartei offiziell ignoriert werden soll — was also ein Verstoß gegen die Parteistatuten wäre — nicht folgen könne. Die Auffassung gehe dahin, daß es unmöglich sei, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, dessen Mitglieder, soweit sie von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen werden, offiziell nicht zur Partei gehörig betrachtet werden sollen. Die Deutsche Volkspartei hat zwar

häufig genug ihre Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit erklärt, ist danach aber außerstande, wenn die anderen Parteien, die an der Regierung teilnehmen sollen, sich nicht offen zu einer Mitarbeit mit der Deutschen Volkspartei bereit erklären. Klarheit ist das Gebot der Stunde. Die Partei kann eine Kabinettbildung nicht unterstützen, die diese Voraussetzung nicht erfüllt, sondern die alles im Unklaren läßt, wie bisher. Von dieser Auffassung der Parteiführungen ist dem Reichskanzler in einem Schreiben die Mitteilung gemacht worden.

Sozialismus zu erhoffen. Ein solcher Gedanke läßt in der Meinung anderer Völker überhaupt nicht geboren werden. Wohl läßt dagegen ein internationaler Kapitalismus Europa und Deutschland aus dem augenblicklichen Verelendungszustand herausführen, weil von Urbeginn der Welt an die Gemeinamkeit des Handels und der gegenseitige Austausch der Güter ein festes und unabänderliches Bandmittel zwischen den Völkern gewesen sei. Die Verbundenheit der Weltwirtschaft müsse das jetzt zersplitterte Netz der internationalen Beziehungen wieder aufknüpfen.

Zur innerpolitischen Politik überleitend, hob er die Notwendigkeit der Mehrerzeugung hervor, da wir zugrunde gehen müßten, wenn wir weniger produzieren als verbrauchen, und meinte, daß man hinsichtlich des Achtfundentages die Ansicht vertreten könne, daß der Achtfundentag fallen könne, wenn eine Vereinbarung möglich sei.

Arbeitsgeber und Betriebsrat zustande kommen, ohne daß der Staat dann noch das Recht habe, sich in die Angelegenheit zu mischen. In Fällen wirtschaftlicher Notlage müßte der Reichsanwalt zudem ermächtigt sein, eine Mehrarbeit zwangsweise anzuordnen, wenn eine Verabridung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht zustande kommen sollte. Lieber eine höhere Entlohnung könne man dann verhandeln; aber die höhere Entlohnung sei auf jeden Fall nicht das Entscheidende, sondern die höhere Erzeugung.

Die Wirth'sche Umbildung des Kabinetts.

Berliner „Montagspost“ und „Lokalanzeiger“ werden, daß die Umbildung des Kabinetts wahrscheinlich bis Dienstag nicht beendet sei, und daß der Reichszankler infolgedessen seine Reise im Nachtag nicht haben werde. In der Gratulations Sitzung des Zentrums wird Dr. Wirth über seine Politik sprechen.

Die lieben Volksgewissten.

Der russische Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ Georg Popoff wurde von der außerordentlichen Kommission in Moskau verhaftet. Nach Angabe des Vaters sei vier Tage lang im Gefängnis festgehalten, sehr übel behandelt und schließlich wieder freigelassen, da angeblich ein Mißverständnis mit dem Kaiser vorlag.

Die Haltung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Tu. Berlin, 13. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte trat um 5 Uhr nachmittag zu einer Besprechung mit dem Reichsfänger aus. Am Reichsfänger richtete er die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, die Frage, ob die Bundesräte hätten, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierung einzuwringen. Die Frage, Dr. B. antwortete (Dem) und Marx (Hr.) erklärte, daß er nicht hoffe, daß die Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierungskoalition einzuwringen würde. Der Abgeordnete (Weyer, Hpt) äußerte sich ähnlich, daß er nicht sich über seine Stellungnahme noch vor, daß er mit seiner Fraktion noch nicht gebrochen habe. Der Reichsfänger ist ebenfalls einen Eintritt der Deutschen Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierung nicht für möglich. Er erklärte, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht für die jetztige Regierung einzuwringen nicht sei. Den Sozialdemokraten (L. Parafin) mitgeteilt worden, daß der Reichsfänger und die Partei der Arbeitsgemeinschaft den Eintritt der Deutschen Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierung nicht für möglich. Den Sozialdemokraten (L. Parafin) mitgeteilt worden, daß der Reichsfänger und die Partei der Arbeitsgemeinschaft den Eintritt der Deutschen Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierung nicht für möglich. Den Sozialdemokraten (L. Parafin) mitgeteilt worden, daß der Reichsfänger und die Partei der Arbeitsgemeinschaft den Eintritt der Deutschen Arbeitsgemeinschaft in die jetztige Regierung nicht für möglich.

TU. Weizen, 18. Nov. Die in der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien haben der Sozialdemokratie feierlich den Reichstag durch den Reichstag vermitteln lassen, daß sie einen Eintritt der Sozialisten Volkspartei in die Reichsregierung für wünschenswert erachten. Sie eruchten die sozialdemokratische Partei um entsprechende Entschlüsse bis heute abends 8 Uhr. Der Reichstagskanzler hat sich dem Ersuchen der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft angeschlossen.

**Zentrum und Sozialdemokratie eventuell
für Neuwahlen.**

III. Berlin, 13. Nov. Die Sozialdemokraten haben beschl. sen. gegenüber der gep. an. Wiederbesetzung der zurzeit freien Ministerposten Neutralität zu wahren. Sie werden zu der Tagesordn. Stellung nehmen, wenn sich bei der Umbildung des Kabinetts Neubestimmungen anst. der jetz. vorhandener Minister notwendig machen. Das Zentrum legt größten Wert darauf, die große Reaktion zustande zu bringen und empfiehlt j. d. Fall, daß die Verhandlungen hierüber scheitern sollten, als besten Ausweg aus der augenblickl. Lage neuwählen.

Nach dem „Dok.-Anz.“ gehe man auch in sozialdemokratischen Kreisen mit diesem Gedanken von Neuwahlen um.

vorgelegen habe. Die deutsche Vertretung in Moskau bemühte sich in anerkennenswerther Weise um seine Freilassung.

Ablehnung der Konferenzbeteiligung Rußland durch England.

Neuter verbreitet die Meinung, daß die englische Regierung das russische Verlangen nach der Zulassung von Sowjetvertretern in Lausanne abschlägig beantworten wird. Sie wird darauf hinweisen, daß die Grödenkonferenz nur den Mächten offenstehe, die im Kriege mit der Türkei waren. Dagegen werden die Sowjetvertreter an den Verhandlungen über die Werrungen teilnehmen und mit ihnen zugleich auch Vertreter der Ukraine und Georgiens zugelassen werden.

Kabinettswechsel in Frankreich?

Aus Paris meldet man: In Preisen, die als gut unterrichtet gelten, rechnet man mit der Möglichkeit eines Kabinettswechsels noch vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz.

Eine neue amerikanische Volkspartei.

Aus Washington kommt die Nachricht, von einer in Gründung befindlichen neuen amerikanischen Volkspartei.

In verschiedenen Staaten haben sich bereits Komitees für die Vorbereitung der Partei gebildet. Demzufolge der neuen Partei ist Opposition gegen die angeblich einseitig kapitalistische in erster Linie tendende republikanische Partei, da die Demokraten durch ihre politische Kampagne keine Anzeichen für Fortschritt hatten, auf die Dauer die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Die Anhänger der neuen Partei bestehen zum Teil aus angesehenen Geschäftsleuten, die mit der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung unzufrieden sind, zum Teil aus Farmern, die eine wirtschaftliche Vertiefung ihrer Angelegenheiten fürchten. Die neue Partei soll unter der Kontrolle des Kampfes gegen die hohen Steuern und gegen unnötige Staatsausgaben und der Parole des Eintretens für die Rechte der arbeitenden Schichten, aller Wählungen im Frühjahr 1924 in den Wahlkampf eintreten.

„Das Kabinett zur Erneuerung der deutschen Wirtschaft.“

Dieses schöne, vielversagende und noch mehr vielversprechende Schlussswort hat unser derzeitiger Reichstanzler Dr. Josef Wirth dieser Tage bei der Suche und bei dem Mähen um eine Neu- bzw. Umwandlung des Kabinettes geprägt. Er hat in der ihm ganz besonders eigenen Art durch die ihm nachgeordnete Pressestelle die Nachricht verbreiten lassen, daß er „ein paar beherzte Männer“ suchen. In der Zentrums- und demokratischen Presse tauchen nun auch in Verfolg dieses Aufrufes bereits allerlei Namen auf, von denen vielleicht der des Generaldirektors der Spapag Cuno als neuer Vizekabinettsminister der einzige ist, der über die nöthigsten Whantastien einiger vorbereitenden Handlung etwas hinausragt. Am heutigen Dienstag soll nach bekannter Ankündigung in Reichstanzler Dr. Josef Wirth im Reichstags Ausschusse gehen über die Neu- bzw. Umwandlung des Kabinettes. Diese amtliche Antwort muß bis zu einer kritischen Stellungnahme unferreierles abgewartet werden.

um bei dem eigenartigen Bilde der Suche „nach beherzten Männern“ zu bleiben, muß allerdings bald von vornherein bemerkt werden, daß diese Arbeit der Wirthschs Meisterung der sehr vielen Monarchisch-schwelenden latenten Rabinettssuche wenig geeignet ist, besonderes Vertrauen in eine Stabilisierung unserer politischen Verhältnisse zu erwecken. Es ersicht uns wieder einmal keine großartige angelegte entscheidende Regierungshandlung in hochverlegter Zeit zu werden, sondern bestenfalls, wenn überhaupt etwas wird, ein Fickwerk mit allen Halbheiten und Unzulänglichkeiten. Der Kern aller besteht bekanntgeordneten Verlautbarungen zu diesen Regierungs-Neu- bzw. Umbildung ist der, daß man aus Rücksicht auf die sich radikal aufspaltende Sozialdemokratie den formellen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, also die formale Bildung der sogenannten großen Koalition, vermeiden und der Volkspartei zumuten will, sich an eine Regierung gebunden und verpflichtet zu halten, die, ohne eine Bindung mit ihrer Partei einzugehen, ein paar Volksparteiler auf Ministeresseln beruft. Das nennt Herr Wirth dann „das Kabinett zur Erneuerung der deutschen Wirthschaft“.

Mit Verlaß, wir brauchen in unserer hocherregten
Notzeit, wo es ohne allen Zweifel um den letzten
Rest der deutschen Souveränität geht, nicht „ein-
paar beherzte Männer“, sondern einen beherzten
Mann, eine beherzte Regierung, die sich byrase der
Sozialdemokratie sagt: mit den sozialistischen Uto-
pien, mit der sozialistischen Regierungsfiktelerei
wird Schluß gemacht, weil es jetzt um Sein oder
Nichtsein der deutschen Selbstständigkeit geht. Die
Weltwirtschaft, in die wir uns wieder eingliedern
müssen, wenn wir nicht vergehen wollen, die Welt-
wirtschaft, die wir nach unseren geradezu unglau-
bigen politischen Streifzügen seit 1918 heuer mehr
denn je benötigen, ist selbstbewußt und zelsicher fast
tatsächlich orientiert und lehnt jeden sozialistis-
chen Seitenprung hörbar, deutlich vernehmbar ab. Schö-
neindeg und klar hat erst Stresemann am ver-
floffenen Sonntag in Glesfeld, anlässlich des volks-
parteilichen Parteitages Düsseldorf-NH, gesagt, „daß
nur die Verbundenheit der Weltwirtschaft das zer-
rissene Netz der internationalen Beziehungen wie-
der anknüpfen könne.“ „Nicht der internationale So-
zialismus, sondern der internationale Kapitalis-
mus im besseren Sinne kann Europa und Deutsch-
land aus dem augenblicklichen Verelendungsaußant-
herausführen.“

Man wird gerade nicht behaupten können, daß Dr. Josef Wirth mit seinem Gerundbüchern an diese latenten Negierungskräfte besondere Beweise auf die berechtigte Hoffnung erbringt, er sei der beherzte Mann und der beherzte Negierungsträger, der der sozialistischen Vorherrschafft in der deutschen Negierung seit 1918 ein mannbäres Halt entgegenrufen werde. Was sich in dem bis jetzt bekanntgewordenen Bestreben behufs Bildung eines Kabinetts aus Erneuerung der deutschen Wirtschaft zeigt, im Gegensatz der Sozialdemokratie keine beherzte Tat, sondern ein geistliches Bestreben der Sozialdemokratie, um keinen Preis weye zu tun, ein geistliches Bestreben, den Lebensnerv der sozialistischen Agitation der Straße gegenüber, nicht einmal allein den sozialdemokratischen Genossen gegenüber, um keinen Preis zu unterbinden. Dies ist ein umso gefährlicheres Tun, gerade in den augenblicklich politisch so erusten Zeiten für Deutschland, als die sozialdemokratischen Führer selbst sich der harten Einsicht nicht mehr verschließen können, daß ihre mit Gewalt und Druck durchgesetzte Politik seit 1918 Deutschland hart an den Rand des Ruins

